Fernsprech-Stellen
11 Altst., 532 Neust.-Dresden.

Abonnement vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 2,75. — Inserate Marienstr. 38 bis Nachmitt. 3 Uhr, Sonntags bis 12 Mitt. In Neustadt: Gr. Klosterg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachm. Die 1spaltige Petitzeile ca. 8 Silben 15 Pfg. Unter Eingesandt Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Insertions-Aufträge gegen Pränumerandozahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung 8 Silben 15 Pfg. Inserate für Montag oder nach Feiertagen Petitzeile 20 Pfg. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureaux von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube u. Co., Invalidendank, G. Müller-Görlitz, M. Kieb-Magdeburg, J. Hard-Halle, B. Arndt-Berlin W., A. Steiner-Hamburg, Pietsch-Leipzig. Für Rückgabe eingesandter Manuskripte keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Paul Ruschpler's
Rosen-Ausstellung
grösste in Deutschland,
Hohe Strasse 20
(Zell'scher Weg).
Familienbillets
5 Stück 1 Mk.,
auch bei Wold. Türk,
Altstädter Rathhaus.

Fussboden-Glanz-Lack
geruchlos, sofort trocknend
eigenes Fabrikat.
Carl Tiedemann
Marienstrasse 27, Amalienstrasse 19,
Holbeinstrasse (Stadt Görlitz.)

Atelier für Photographie
von
Carl Arazim,
17 Amalienstrasse 17.
Beste Arbeit. Mässige Preise.
Momentaufnahmen. Vergrösserungen.

R&S
Mit und Gott Recht
Schutzmarke.
Geschäfts- u. Wirthschafts-Bücher,
eigenes Fabrikat. Lager von Haupt- u. Cassebüchern, Wechselcontres etc. etc. Specialität: Copirbücher u. Bücher für Landwirthschaft. Extraanfertigungen jeder Art schnell und exact. Princip: Bestes Material, gute und vortheilhafte Arbeit.
G. H. Rohfeld & Sohn, Dresden-N., Hauptstrasse 24.

Schloss-Strasse 22. Jos. Fiechtl Schloss-Strasse 22.
Loden-Joppen in allen Größen von 9 Mk. an, Tiroler Loden-Hüte à 4 Mk., Handschuhe aller Art.

Nr. 181. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 29. Juni: Schwacher Nordwind, veränderliche Bewölkung, keine oder geringe Niederschläge, etwas wärmer. | Dresden, 1884. Sonntag, 29. Juni.

Verantwortlicher Redakteur für Politisches Dr. Emil Bierey in Dresden.

Es war ein Unglückstag für die Freisinnler, als sie den Reichskanzler die Postdampfer-Unterstützung hintertrieben. Die Nachwehen dieser Verschleppung einer dem Herzen des Volkes so wichtigen Entscheidung werden bei den kommenden Wahlen deutlich zu spüren sein. Nicht einmal für vier Millionen Mark Vertrauen schenken sie dem Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands. In Worten — ja! Da quellen sie über von Komplimenten gegen den „großen Diplomaten Bismarck" und werfen ihm, wie Bamberger that, plumpe Schmeicheleien an den Kopf, nennen ihn ein „Phänomen" und dergl. Bismarcken, an Dergleichen gewöhnt, kitzelt das natürlich nicht — er verlangt Bethätigung der schönen Worte und damit hat's bei den Freisinnlern gute Wege. Auch Eugen Richter erklärte: im Allgemeinen sei er nicht gegen die Kolonialpolitik, aber für die Postdampfer-Vorlage könne er nicht stimmen. Im Allgemeinen dafür, aber im einzelnen und ausschlaggebenden Falle dagegen .... diese Manier kennt man zur Genüge. Es ist aber keine Gefahr vorhanden, daß das deutsche Volk von diesem Oppositions-Bacillus infizirt werde. Eine sich von abenteuerlichen Schwärmereien freihaltende Kolonisationspolitik, wie sie der Reichskanzler in großen Zügen klar vorzeichnete, ist ein so gesundes Unternehmen, daß es von der Sympathie der ganzen Nation getragen wird. Bismarck erklärte freimüthig, daß er in Bezug auf Kolonialpolitik „die Eisen bereits im Feuer habe", daß er aber, um sie zu schmieden, das Vertrauen des Parlaments und der Nation bedürfe. Uns beseelt die Ueberzeugung, daß die ganze Nation sich freut, wenn Bismarck „die Eisen im Feuer hat", um, wie er Deutschlands Macht auf dem Festlande zu bestem Stahl geschmiedet hat, auch seine Macht und seinen Einfluß jenseits der Meere, in der Kolonialwelt, fest zu begründen. Bismarck hat sich bisher als ein so guter Schmied für Deutschlands Macht und Größe bewiesen, daß seine Andeutungen für jeden patriotischen Abgeordneten hätten genügen sollen, dem Kanzler auch zu geben, was er zum Schmieden seiner heißen Eisen nöthig hat. Aber die Herren vom „deutschen Freisinn" und leider auch die vom Centrum hielten es für wichtiger, sich vor dem Lande als die knauserigen Haushälter aufzuspielen und verlangte deshalb vor Allem „größere Aufklärung". Ein naiveres Verlangen ist wohl kaum gestellt worden als daß der Leiter der auswärtigen Politik vor der Oeffentlichkeit seine Karten aufdecke. Bismarck gab zu erkennen, daß noch andere Dinge im Werke seien als der Schutz für Angra Pequena; er deutete an, daß es sich um die Erwerbungen von Südseeinseln handele, auf welche keine andere europäische Macht Ansprüche erhebe, sondern wo blos die Souveränität der eingeborenen Stämme in Frage komme. Begreift nicht Jedermann, daß der Reichskanzler nicht so grün sein kann, vor Europa den Namen dieses in's Auge gefaßten Besitzes zu nennen? Andere Reiche würden uns da rasch zuvorkommen. Die Nation erwartet daher von dem Patriotismus des Fürsten Bismarck, daß er trotz des mangelnden Vertrauens der Herren Bamberger und Richter in seine staatsmännischen Fähigkeiten nicht seine Eisen aus dem Feuer zieht. Der kalte Hohn, den diese Herren über die Kolonisationsprojekte ausgegossen, wird unvergessen sein. Mag auch noch manches Unreife und Unklare den sich allerwärts in Deutschland regenden Kolonisationsbestrebungen anhaften, soll man auch derartige wichtige Angelegenheiten nicht als müssigen Sport betreiben — für eine überseeische Politik des geeinten Vaterlandes ist die ganze Nation. Dafür nimmt die ganze öffentliche Meinung bis in die Leserkreise der „Germania" und selbst des „Kladderadatsches" Partei. Nichts erträgt der Deutsche schwerer, als den frechen Hohn gegenüber einer Sache, für die er einmal warm geworden ist.

Obwohl der jetzt beendete Reichstag sich nicht zu einem Ausspruche über die Kolonialpolitik oder die Dampferunterstützung hat bereit finden lassen, so darf man sich versichert halten, daß beide Angelegenheiten bis zum nächsten Reichstag nicht ruhen werden. Die Post setzt die Unterhandlungen mit leistungsfähigen, hanseatischen Rhedereien fort. Es liegt eine staatliche Nothwendigkeit vor, die deutsche Postflagge in fremden Meeren von Zeit zu Zeit zu entfalten, nicht, um sie den „Delphinen" zu zeigen, wie Richters „Reichsfreund" höhnt, sondern im Interesse des Reichs und seiner Angehörigen. Dazu bringt sogar die Frkft. Ztg. einen Beleg. Wie sie mittheilt, bewilligt selbst das kleine Portugal seit vorigem Jahre der englischen Castle-Kompagnie nach dem Kap eine bedeutende Subvention, damit diese einmal monatlich in Lissabon anlegt und von dort die Post nach Mozambique bringt, und zwar unter portugiesischer Flagge, sobald sie sich in portugiesischen Gewässern befindet. Die Post nach Mozambique für die wenigen Kolonisten dortselbst könnte natürlich ebensogut auf den anderen Postlinien dorthin befördert werden, aber die portugiesische Regierung legt Werth darauf, daß an jenen fernen Küsten ihre Flagge regelmäßig gezeigt wird. Dies kräftigt das nationale Ansehen, bildet eine Art von Beruhigung für die Landesangehörigen und eine Mahnung zum Respekt für die Fremden. Und Deutschland sollte nach dem Willen unserer Freihändler darin sogar dem kleinen Portugal nachstehen?

Nunmehr hat der Reichstag wirklich Kehraus gemacht. In seinen letzten Stunden drängten sich außer der Kolonisations- und Postdampferfrage auch die Entscheidungen über die wichtigsten Gesetze zusammen, die ihn seither beschäftigt. Vor Allem verzeichnen wir die endgiltige Verabschiedung des Unfallversicherungsgesetzes als bleibenden Gewinn. Vorbehältlich eines Ueberblicks über das Ganze des Gesetzes sei heute nur der Genugthuung Ausdruck gegeben, daß es möglich war, in die 3. Lesung wesentliche Verbesserungen gegen die Beschlüsse der zweiten aufzunehmen. Es handelte sich um die viel und mit Recht angefochtene Verlängerung der Karenzzeit, welche auf 13 Wochen ausgedehnt worden war. Die darin liegende Härte wurde bei der 3. Lesung beseitigt. Man beschloß nunmehr, daß verunglückte Arbeiter nur 4 Wochen lediglich von der Krankenkasse zur Hälfte ihres Arbeitslohnes unterstützt werden sollen, nachher hat bis zum Ablauf der 13. Woche eine Erhöhung bis zu mindestens ⅔ des Arbeitslohnes einzutreten, diese Differenz zwischen ½ und ⅔ des Lohnes bezahlt aber nicht die Krankenkasse, sondern der Fabrikant, in dessen Etablissement der Unfall sich zugetragen hat. Der unfällige Arbeiter kommt also nicht erst nach der 13., sondern nach der 4. Woche seit seinem Unglück in den Besitz der Rente, welche ihm das Unfallgesetz zugedacht hat; nun erhält er sie bis zur 13. Woche aus 2 Kassen, statt aus der einen Krankenkasse. Damit wird die 4wöchige Karenzzeit zum Besten der Arbeiter nachträglich wieder hergestellt und wenn man weiß, daß dadurch für 20,000 Schwerbeschädigte, d. h. solche, deren Verletzungen eine Arbeitsunfähigkeit über 4 Wochen hinaus zur Folge haben, die wirthschaftlichen Existenzbedingungen wesentlich aufgebessert werden, so kann man sich über diese arbeiterfreundliche Verbesserung des Gesetzes nur von Herzen freuen. Auch andere sehr glückliche Neuerungen brachte die 3. Lesung in das Gesetz. Es sollen dem Reichs- resp. Landesversicherungsamte noch zwei richterliche Beamte hinzutreten. Damit verstärkt man die Garantie für eine unabhängige und unparteiische Rechtsprechung. Auch werden es die Krankenkassen dankbar empfinden, daß beschlossen wurde, ihnen die durch Verpflegung eines Unfallbeschädigten in den ersten 13 Wochen verursachten Heilungskosten in der vollen Höhe des nachweisbaren Aufwandes zu vergüten. Früher sollten sie nur die Hälfte des Aufwandes ersetzt erhalten.

In der inneren Politik Deutschlands wird nach Schluß des Reichstags voraussichtlich die übliche Sommerpause eintreten. Diese Ruhe wird jedoch nicht lange dauern; bereits kündigen sich die Neuwahlen mit ihren Agitationen an, zu denen sich alle Parteien rüsten. Um so lebhafter dürfte es dagegen in den nächsten Wochen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zugehen. Die wechselnden Erscheinungen der großen europäischen Politik sorgen schon dafür, der Welt die ihr zu gönnende Erholung zu verkümmern.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 28. Juni.

Berlin. Reichstag. Der internationale Vertrag zum Schutze der überseeischen Telegraphenkabel wird in erster und zweiter Berathung genehmigt. Staatssekretär Dr. Stephan konstatirt hierbei mit Genugthuung, daß in diesem internationalen Vertrage die von Deutschland gestellten Anträge sämmtlich berücksichtigt seien, so daß derselbe im Wesentlichen deutsche Arbeit sei. Deutschland sei an dem Kabelverkehr mit ca. 300,000 Telegrammen jährlich betheiligt. Zur folgenden dritten Berathung des Militär- und Marine-Reliktengesetzes beantragt Dr. Windthorst: die Wittwen- und Waisengeld-Beiträge unverheiratheter Offiziere u. s. w. auf 1½ Procent festzusetzen. Abgeordneter v. Minnigerode beantragt Festsetzung der Beiträge auf 1 Procent. (Die Regierungs-Vorlage wollte die unverheiratheten Offiziere ganz freilassen, die Kommission hatte vorgeschlagen, sie mit dem vollen Betrage von 3 Procent heranzuziehen.) Abg. Mayer-Württemberg (Volksp.) für volle Heranziehung. Das deutsche Heer solle ein Volksheer und deshalb müßten auch die Offiziere mit den Civilbeamten gleichgestellt sein. Abg. Dr. Meyer (nat.-liberal) spricht ebenfalls für volle Heranziehung, während Abgg. v. Minnigerode und Graf Behr-Behrenhof für ein-, Dr. Windthorst für 1½procentige Heranziehung plaidiren. Richter-Hagen bekämpft das Windthorst'sche Kompromiß, wodurch das Prinzip preisgegeben werde. Minister Bronsart v. Schellendorf erklärt, daß das Gesetz für die verbündeten Regierungen unannehmbar sei, wenn die volle Heranziehung aufrechterhalten werde. Prinz Carolath (Reichsp.) erklärt sich gegen die Anträge v. Minnigerode und Windthorst und für volle Heranziehung. Er bittet die Regierung, zu erwägen, ob sie nicht auch den Civilbeamten die für die Offiziere gewünschten Erleichterungen zu Theil werden lassen könne. Dr. Windthorst schließt sich diesem Wunsche an. Schließlich bleibt es bei dem Beschlusse der zweiten Berathung, also volle Heranziehung; das Gesetz ist damit in den Brunnen gefallen. Es folgt hierauf die dritte Lesung des Aktiengesetzes. Oechelhäuser erklärt, daß die Nationalliberalen für das Gesetz stimmen werden, Eugen Richter, daß seine Partei nicht einig geworden sei; er und ein Theil seiner Freunde würden dagegen stimmen oder sich der Abstimmung enthalten. Kayser-Freiberg meint, es sei ihm eigentlich gleichgiltig, in welcher Form sich die Besitzenden einander ihr Geld abnehmen. Die Aktie sei ein Spielpapier und der Aktionär kümmere sich so gut wie gar nicht um das betreffende Unternehmen. Dr. Meyer-Halle vertheidigt dem gegenüber Aktienwesen und Kapital. Auf Antrag Windthorst's wurden folgende Bestimmungen in das Aktien-Gesetz aufgenommen: Ist eine öffentliche Bekanntmachung, welche wissentlich falsche Thatsachen in Bezug auf Aktienunternehmen enthält, im Inseratentheile einer periodischen Druckschrift erfolgt und der Verfasser des Inserates nicht nur unter demselben genannt, sondern auch im Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates, so findet nach § 20 Absatz II des Preßgesetzes eine Verantwortlichkeit für die Thäterschaft keine Anwendung. Windthorst sagt in seiner Begründung u. A., es sei überhaupt nöthig, das Preßgesetz dahin zu ändern, daß der Redakteur nicht verantwortlich gemacht werden kann, falls er den Einsender als den eigentlichen Thäter nenne. Bis zu einer solchen Aenderung des Preßgesetzes dürfe man aber vorliegenden Falles nicht warten. Staatssekretär v. Schelling trat dem Antrage als einem Einbruch in das Preßgesetz entgegen. Die Redakteure brauchten nur die Anordnung zu treffen, daß nur Inserate von achtbaren Firmen angenommen würden. Der Etat für das Reichsversicherungsamt, die Verträge mit Siam und Korea, dann das Reliktengesetz und Aktiengesetz werden in der Gesammtabstimmung angenommen. Hieran schloß sich sofort die Schlußsitzung an, in welcher der Kabelvertrag definitiv angenommen wurde. Minnigerode interpellirte, ob und welche Vorsichtsmaßregeln der Reichskanzler der herangetretenen Choleragefahr gegenüber zu ergreifen gedenke. Staatssekretär v. Bötticher erwiederte: Nach den ersten Nachrichten seien sofort Erkundigungen bei der franz. Regierung veranlaßt worden. In der kurzen Zeit, während welcher die Epidemie herrsche, habe noch nicht festgestellt werden können, von welchem Charakter die Seuche sei. Die Aerzte von Toulon nehmen an, daß es sich um die asiatische Cholera handelt, nach den amtlichen Erörterungen der franz. Regierung jedoch sei es nur eine sporadische Krankheit, die voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein werde. Die franz. Regierung setze sorgsam die Ermittelungen fort. Vom Reichskanzler sei sofort die Einsetzung einer Kommission zur Berathung von Abwehrmaßregeln, welcher Geheimrath Koch und Dr. v. Pettenkofer angehörten, angeordnet worden. Die Kommission habe heute ihre Berathungen begonnen. Der Eindruck, den Redner davon gewonnen habe, spreche dafür, daß die Berathungen zu einem durchaus sachgemäßen und zweckmäßigen Ziele führen würden. Voraussichtlich würden nicht Sperrmaßregeln angeordnet werden, da alle Erfahrungen, auch die Koch's in Egypten und Indien, dafür sprächen, daß die Sperrmaßregeln nicht von den erwarteten Wirkungen begleitet seien. Die deutschen Regierungen hätten auch bereits im vor. Jahre nur das Revisionssystem angeordnet. v. Bötticher schließt mit dem Wunsche: Gott gäbe, daß die Maßregeln, die wir intendiren, niemals in Kraft zu treten nöthig haben (Beifall). Dr. Virchow tadelt das Verfahren der franz. Regierung, welche verpflichtet gewesen wäre, die Erkrankungen in Toulon als wirkliche Cholera anzusehen und demgemäß die strengsten Maßregeln zu treffen. Er tadelt gleichzeitig England bezüglich des Everdale-Falles. Redner verlangt Ordnung im Sanitätswesen zu Suez, was eine Aufgabe der bevorstehenden Konferenz sein werde. Der beste Schutz sei Absperrung und Isolirung der Kranken. v. Bötticher erwiederte, die franz. Regierung habe nichts verabsäumt, die Weiterverbreitung der Seuche zu verhindern. Namentlich habe sie sorgfältig für Desinfektion und Isolirung Sorge getragen. Bezüglich des Sanitätswesens in Egypten werde die deutsche Regierung auf eine bessere Regelung desselben einwirken. Nach Toulon solle eine Person entsendet werden. Der Präsident giebt eine Geschäftsübersicht. Moltke dankt dem Präsidenten für die Leitung der Geschäfte. v. Bötticher verliest sodann die kaiserliche Botschaft, mittelst welcher der Reichstag geschlossen wird. Präsident v. Levetzow schließt die Sitzung mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser.

Berlin. Dem Reichstage ging eine Denkschrift zu bezüglich der Verlängerung des Belagerungszustandes über Leipzig. — Das „Berl. Tagbl." meldet aus Stuttgart, die Akten in Sachen Reinsdorf seien geschlossen. Es handelte sich auch um das geplante Niederwald-Attentat. Der Plan hierbei sei nicht gewesen, das Denkmal in die Luft zu sprengen, sondern der Person des Kaisers Gewalt anzuthun.

Hamburg. Die Anklage gegen die am Pfingstmontag in Friedrichsruhe anläßlich des Skandals vor der Bismarck'schen Besitzung Verhafteten lautet auf Aufruhr und wird vor dem Schwurgericht zu Altona in der nächsten Session zur Verhandlung kommen.

Paris. In Marseille ist am Freitag eine Person an der Cholera gestorben und zwar war dies ein in Folge der Schließung des Lyceums in Toulon nach Marseille übergesiedelter Schüler des Lyceums.

Marseille. Heute früh kamen drei Todesfälle infolge der Cholera vor.

London. Es sind nunmehr alle Arrangements für die Konferenz, deren erste Sitzung heute Nachmittags 3 Uhr in einem Saale des auswärtigen Amtes stattfinden sollte, getroffen. Sie dürfte lediglich einen formellen Charakter haben.

Frankfurt a. M., 28. Juni. Credit 250. Staatsbahn 263¾. Lombarden 127. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 287. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. [illegible] Matt.

Wien, 28. Juni. Credit 297,00. Staatsbahn —. Lombarden —. Nordwestb. —. Marknoten —. Ung. Goldr. 90,95. Tabaksakt. —. Matt.

Paris, 28. Juni. (Schluß.) Rente 78,50. Anleihe 106,70. Italiener 95,90. Staatsbahn 660,00. Lombarden 298,75. do. Prioritäten —. Egypter 290. Oesterr. Goldrente —. Spanier 59⅛. Ottomanen 618. Tabaks-Aktien —. Matt.

Paris, 28. Juni. (Mittags.) 3% Rente 78,33. Anleihe 106,70. Italiener 95,90. Spanier 58,15. Egypter 290,00. Ottomanen 618,75. Türken 7,70. Suez 19,27. Lombarden 301,25. Franzosen 661,00. Flauer.

London, 28. Juni. Consols 99,78. 1873er Russen 89,37. Lombarden —. Türken 7,50. 4% fund. Amerik. —. 4% Ung. Goldr. 76,50. Oest. Goldr. —. Pr. Consol. —. Suez 77,00. Egypter 57,50. Ottomanen 14,78. Schwach.

Lokales und Sächsisches.

— Nach seiner Rückkehr in's Vaterland hat Se. Maj. der König ein größeres Avancement in der Armee vollzogen. Die Veröffentlichung steht zum 1. Juli bevor. Von bekannteren Offizieren sei zunächst die Beförderung des Rittmeisters von Hinüber im Gardereiterregiment zum Major erwähnt.

— Se. Maj. der König beabsichtigt, sich am 7. Juli nach Hainichen zum Besuche der dortigen Ausstellung zu begeben.

— Die bereits gemeldete Ankunft der Frau Herzogin von Genua wird Donnerstag, d. 3. Juli, früh 7 Uhr 57 Min. erfolgen.

— In dem ganzen sächsischen Heere schickt man sich an, den 1. Juli festlich zu begehen. Bringt derselbe doch ein namentlich im Militärwesen seltenes Ereigniß, ein goldenes Dienstjubiläum, und zwar eines Mannes, dem das vaterländische Heer im Wesentlichen seine jetzige Gestalt verdankt: dasjenige des Kriegsministers v. Fabrice. Dieser Tag krönt eine lange, im Dienste des Königs und des Vaterlandes ehrenvoll verbrachte, ergebnißreiche und sichtlich gesegnete Thätigkeit. Indem wir uns vorbehalten, das Wirken des Jubilars in seiner vielseitigen Thätigkeit als Soldat, Organisator, Diplomat und Staatsminister zu würdigen, lassen wir heute in gedrängter Kürze den vielbewegten Lebenslauf des Jubilars Revue passiren. Wir folgen dabei einer soeben im Verlag von Warnatz & Lehmann, Hofbuchhändler hier, erschienenen, aus der Feder des tüchtigen Militärschriftstellers Max Dittrich geflossenen Biographie und fügen Dem hinzu, daß die neueste „Illustrirte Zeitung" in Leipzig das treffliche Portrait des Jubilars nach einer Teich-Hanfstängl'schen Photographie enthält. Der jetzige Staats- und Kriegsminister, General der Kavalerie Georg Friedrich Alfred von Fabrice, wurde am 23. Mai 1818 in Quesnoy sur Deule in Frankreich geboren. Der Geburtsort wie der französische Klang des Namens haben bewirkt, daß man Herrn v. Fabrice oft für einen Franzosen gehalten hat. In Wirklichkeit war er der älteste Sohn eines als Generaladjutant und Oberstallmeister später verstorbenen sächsischen Edelmannes, der 1818 im Norddepartement als sächsischer Husarenmajor während der damaligen Okkupation Frankreichs durch deutsche Truppen in Garnison lag. Seine Mutter entstammte ebenfalls dem sächsischen Adel, sie war eine geb. v. Weißenbach. 12 Jahre alt, trat der junge Fabrice in das Dresdner Kadettenhaus, das er am 1. Juli 1834 verließ, um als Portepeejunker in das sächsische Heer zu treten, dessen höchste Staffeln er ersteigen, mit dessen Geschichte er ein halbes Jahrhundert innig verbunden bleiben und auf dessen Entwickelung zu einem der tüchtigsten Glieder des deutschen Reichsheeres er einen entscheidenden Einfluß ausüben sollte. Er trat zuerst in das 2. Reiterregiment, jetzige 2. Husarenregiment Nr. 19, Kronprinz des deutschen Reichs ein, avancirte binnen 6 Jahren zum Oberlieutenant und wurde 1842 Adjutant des Gardereiterregiments. Als solcher hatte er täglich die Augustusbrücke zu passiren, die er ja jetzt noch täglich auf dem Wege zum und vom Kriegsministerium zweimal in militärisch-strammer Haltung überschreitet. Am 31. März 1845 war er der letzte Mensch, der über die Brücke ging, bevor in der 11. Vormittagsstunde der mittlere Pfeiler unter Donnerkrachen mit dem goldenen Kruzifix in der Elbe verschwand. Das unruhige Jahr 1848 führte ihn unter den Bundestruppen zur Unterdrückung der Unruhen nach Thüringen. In Weimar entwickelte er dabei soviel Takt und Energie, daß er zum Rittmeister befördert wurde. Im Jahre 1849 finden wir ihn bereits wieder unter den damals gegen Dänemark mobil gemachten sächsischen Truppen; er kämpfte am 8. Mai im Gefecht von Veile mit. Anfang 1850 wurde er zum Generalstabe versetzt, dem er seitdem bis zum Uebergange in die Leitung des Kriegsministeriums angehörte. Er avancirte in demselben allmählig, bis er 1865 als Generalmajor Chef des sächsischen Generalstabes wurde. 1863 hatte